

Beschluss der KDV Neukölln vom 04.03.2023

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus möge beschließen:

Medizinstudium für alle – Schluss mit unbezahlten Vollzeitpraktika an Berliner Krankenhäusern



KREIS NEUKÖLLN

Wir fordern:

- Eine Vergütung bzw. Aufwandsentschädigung vom Praktischen Jahr und Famulaturen sowie allen weiteren Praktika an Krankenhäusern im Rahmen des Studiums gezahlt werden. Die Höhe der Vergütung bzw. der Aufwandsentschädigung sollte analog zum BaföG-Höchstsatz sein.
- Eine feste Studientagsregelung, die allen PJ-Studierenden an allen Berliner Krankenhäusern einen frei wählbaren Studientag pro Woche zuspricht.

Begründung:

Im Medizinstudium sind insgesamt 19 Monate Praktika über den Studienzeitraum von 6 Jahren verpflichtend. Davon werden 3 Monate in der Pflege, 4 Monate über das Studium verteilt in einer ärztlichen Rolle in Famulaturen und am Ende des Studiums ein Jahr am Stück abgeleistet.

In diesen Praktika lernt man meist nur die Tätigkeiten, die das Krankenhaus an unbezahlte Arbeitskräfte abgeben möchte. Dazu zählen vor allem Blutentnahmen und andere Fleißaufgaben, die eigentlich notwendige Lehre kann nicht stattfinden, da sich die Krankenhäuser im gewinnorientierten System auf kostenlose Arbeitskräfte verlassen müssen, um den Regelbetrieb aufrecht zu erhalten. Gerade im praktischen Jahr und in manchen Famulaturen werden Medizinstudierende oft fest als volle Arbeitskräfte eingeplant, statt als Praktikant*innen gemeinsam mit einer erfahrenen Ärztin oder einem Arzt die tatsächliche Arbeit kennen zu lernen.

Vor allem das Praktische Jahr am Ende des Studiums stellt viele Studierende vor eine große Herausforderung: Wovon soll ich leben, wenn ich Vollzeit, teilweise sogar mit Überstunden arbeite aber dafür keinen Lohn erhalte? Studierende müssen oft nach 5 Tagen unbezahlter Arbeit unter der Woche auch am Wochenende noch Lohnarbeit verrichten, um wohnen und essen zu können. Das ist kein Zustand, der über so einen langen Zeitraum gesund ist und eine Hürde, die gerade Menschen aus Familien mit weniger Einkommen und Besitz das Medizinstudium verschließt. Wir verurteilen solche Hürden, die ein Studium und ein ganzes Berufsfeld indirekt an das Einkommen und den Besitz der Familie koppeln. Als Sozialdemokrat*innen sollte es unsere Aufgabe sein, Studieren in Berlin sozial gerecht zu machen und gerade die medizinische Ausbildung an kommunalen Häusern vom persönlichen finanziellen Hintergrund zu entkoppeln.

Nicht nur haben wir einen Mangel an Ärzt*innen, der auch dramatischer wird, wir brauchen auch unter Ärzt*innen Menschen aus allen gesellschaftlichen Hintergründen, um eine bessere Versorgung der Patient*innen sicherzustellen. Die derzeitige Ausgestaltung des Studiums verhindert das.

Außerdem brauchen wir gut ausgebildete Ärzt*innen und nicht solche, die ihr gesamtes Studium lang nur Fleißaufgaben durchgeführt haben, statt gute Lehre zu erhalten. Wer in den

Beruf einsteigt, sollte von Anfang an Verantwortung übernehmen können, statt trotz 19 Monaten Praxis lange eingearbeitet werden zu müssen.